

Keine Spur und keine Fehler

Rechtsextremismus Bayerns früherer Innenminister Beckstein vor dem Untersuchungsausschuss zur Neonazi-Mordserie

VON DOMINIK MAI

Berlin Günther Beckstein wirkt betroffen. Die Neonazi-Mordserie an acht türkischen und einem griechischen Kleinunternehmer sowie einer Polizistin lassen den ehemaligen bayerischen Innenminister nicht kalt. Er spricht von „Trauer“ und „tiefer Bestürzung“, als er vor dem NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages aussagt.

„Ist ausländerfeindlicher Hintergrund denkbar?“

Notiz Becksteins im Jahr 2000

Der erste Mord im Jahr 2000 sei direkt vor seiner Haustüre passiert, erzählt Beckstein. Damals wurde ein türkischstämmiger Blumenhändler in Nürnberg niedergeschossen, bei dem der CSU-Politiker des Öfteren eingekauft hatte. Wenig später notierte Beckstein handschriftlich auf einem Zeitungsartikel: „Ist ausländerfeindlicher Hin-

tergrund denkbar?“ Somit war der spätere Ministerpräsident damals einer der ersten, der ein fremdenfeindliches Motiv in Betracht zog. Die bayerischen Behörden haben diesen Hinweis allerdings nicht ausreichend weiter verfolgt: Mehr als zehn Jahre blieben die Taten des Terrortrios unentdeckt.

Mehrere Mitglieder des Untersuchungsausschusses werfen den Beamten vor, vor allem in Richtung organisierter Kriminalität ermittelt zu haben. Die Obfrau der SPD, Eva Högl, kritisiert, dass nur sechs der fast 200 Beamten einem möglichen fremdenfeindlichen Motiv nachgegangen seien.

Dem widerspricht Beckstein jedoch: „Ich sehe keine substanziellen Fehler bei den Ermittlungen der bayerischen Behörden“, sagt Beckstein, der als erster politischer Verantwortlicher der damaligen Zeit vor das Gremium geladen wurde. Es habe einfach keine heiße Spur gegeben, die den Anfangsverdacht eines fremdenfeindlichen Verbrechens bestätigten. Die bayerischen Behör-

den hätten gleichermaßen in alle möglichen Richtungen ermittelt und dabei „extrem intensiv gearbeitet“.

Die politische Verantwortung für das Versagen der bayerischen Behörden in den zehn Mordfällen will der frühere Innenminister nicht übernehmen. Teilweise energisch lehnt er persönliche Versäumnisse ab – schließlich sei er nicht der „Chefermittler“ gewesen. Zu Spekulationen, er habe seinerzeit eine Medienberichterstattung über einen möglichen fremdenfeindlichen Hintergrund verhindern wollen, sagt Beckstein, er habe lediglich empfohlen, ein rechtsradikales Motiv „sehr sensibel zu kommunizieren“, um eine Verunsicherung der türkischen Bevölkerung zu verhindern.

Auch Vorwürfe, wonach er diese Theorie gezielt vor der Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland hätte geheim halten wollen, weist er zurück. In seiner gesamten Amtszeit sei er immer „auf das Schärfste gegen Rechtsextremisten vorgegangen“.

2004 habe er die Führung der Ermittlungen von der bayerischen Sonderkommission Bosphorus an das Bundeskriminalamt (BKA) abgeben wollen. Doch das BKA habe dies abgelehnt. 2006 habe sich Beckstein dann selbst gegen eine Übergabe gestellt: „Ich hätte es im Jahr 2006, als die Ermittlungen äußerst heiß gelaufen waren, für einen schweren Fehler gehalten, im laufenden Galopp die Pferde zu wechseln“, sagt der frühere Innenminister. Dies hätte zu weitreichenden Verzögerungen geführt. „Im Übrigen hätte das BKA jederzeit übernehmen können, wenn es gewollt hätte“, argumentiert er. Er bezweifle aber bis heute, ob 20 BKA-Beamte die Ermittlungen besser geführt hätten als insgesamt 200 Landesbeamte. Einen Streit mit dem damaligen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble, wer die Ermittlungen führen soll, habe es nicht gegeben.

Für viele Ausschussmitglieder sind Becksteins Äußerungen nicht ausreichend. Der Vorsitzende Sebastian Edathy (SPD) bezeichnet es

als „fragwürdiges Vorgehen“, dass die Ermittlungen weiter in bayerischer Hand blieben. Bayern habe offenkundig ein Eigeninteresse daran gehabt, die Fäden nicht aus der Hand zu geben. Der Obmann der Grünen im Ausschuss, Wolfgang Wieland, warf Beckstein „Länderegoismus“ vor.

Für ihn und viele andere Politiker von

„Sehr sensibel kommunizieren“

Beckstein zu Berichten



Grünen, SPD, Linken und FDP bleiben noch viele Fragen unbeantwortet. Ob jemals Licht ins Dunkel der tausenden Aktenordner kommt, ist für sie fraglich. Noch immer sind zu viele Details der Mordserie unklar. Vielleicht wird manche davon BKA-Chef Jörg Ziercke erläutern können: Er wird wahrscheinlich noch vor der Sommerpause im Ausschuss befragt.